

Kulturelle Vielfalt – Interkultur – Zukunftsfähigkeit der Kommunen.

Bundesweiter Ratschlag (2006 – 2008)

Initiative

Am 11.05.2005 fand auf Anregung von *Ulrich Nitschke* (Servicestelle Kulturen in der Einen Welt / SKEW), *Bernd Wagner* (Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. / KupoGe) und *Dr. Hildegard Kurt* (und. Institut für Kunst, Kultur und Zukunftsfähigkeit e.V.) in Bonn ein Brainstorming statt mit dem Ziel, der interkulturellen und Eine Welt-Kulturarbeit in den bundesdeutschen Kommunen einen neuen Impuls zu verleihen.

An der Sitzung nahmen neben den genannten Personen *Prof. Dr. Dieter Kramer* (Universität Wien/AG Migrationsausstellung des Historischen Museums Frankfurt am Main), *Hans Pakleppa* (Kultur Transnational e.V.) und *Frau Tutucu* (Institut für Kulturpolitik) teil. *Tina Jerman* (Eine Welt-Beauftragte der Landesregierung NRW), aus terminlichen Gründen verhindert, wurde von Hildegard Kurt vertreten.

Die Teilnehmenden beschlossen, unter dem (Arbeits-) Titel „**Kulturelle Vielfalt – Interkultur – Zukunftsfähigkeit der Kommunen**“ einen bundesweiten „Ratschlag“ (Round Table) zu initiieren.

Die nachfolgenden Ausführungen sind gegliedert in:

- I. PROJEKTSKIZZE (verfasst von H. Kurt)
- II. EINZELHEITEN UND HINTERGRÜNDE (verfasst von D. Kramer)

I. PROJEKTSKIZZE (H. Kurt)

Damit das Arbeitsfeld Interkultur, Eine Welt-Kulturarbeit und Zukunftsfähigkeit der Kommunen einen wirksamen neuen Impuls erhält, reicht eine punktuelle Maßnahme nicht aus. Vielmehr kommt es darauf an, über einen längeren Zeitraum hinweg einen *bundesweiten Dialogprozess* mit Partnern zu inszenieren, die bislang noch nicht oder kaum miteinander kooperieren.

Eine geeignete Form eines solchen Dialogprozesses wäre aus Sicht der InitiatorInnen ein **Ratschlag „Kulturelle Vielfalt – Interkultur – Zukunftsfähigkeit der Kommunen“** (Arbeitstitel).

Grundlagen und Arbeitsformen:

- Der Ratschlag wird als Prozess über einen längeren Zeitraum angelegt, aber auch im Blick auf die Ergebnisorientierung von Anfang an zeitlich begrenzt. Sinnvoll erscheint eine Dauer von 3 Jahren (2006 – 2008).
- Die Teilnehmerschaft setzt sich zusammen aus: (a) VertreterInnen der kommunalen und kulturellen Spitzenverbände, (b) VertreterInnen der kommunalen Verwaltung und Politik, (c) VertreterInnen der Nachhaltigkeitspolitik- und praxis und (c) Kunst- und Kulturschaffenden.

- Um dem Forum ein angemessenes Gewicht zu verleihen, wird eine Schirmherrschaft der Ministerinnen des BMZ und des BKM angestrebt (evtl. auch des Vorsitzenden der UNESCO-Kommission).
- Der Ratschlag tritt 1-2 x pro Jahr in verschiedenen Kommunen und mit wechselnden Themenschwerpunkten (z.B. Jugendkultur) zusammen.

Ziele:

- anhaltende Sensibilisierung des öffentlichen Bewusstseins für die Bedeutung und die Potenziale einer aktiven interkulturellen und Eine Welt-Kulturarbeit im Blick auf die Zukunftsfähigkeit der Kommunen;
- Weiterentwicklung des Diskurses;
- Selbstvergewisserung: Was machen wir? Wo wollen wir hin?
- Impulse für eine verstärkte Zusammenarbeit von BMZ und BKM in besagtem Themenfeld (evtl. Memorandum);
- Lobbyarbeit auf kommunaler und spitzenpolitischer Ebene angesichts immer knapper werdender öffentlicher Mittel;
- Impulse für konkrete Modellprojekte, Praxis-Tools, weitere Initiativen.

Träger:

- Träger dieses bundesweiten Forums sollte ein „Konsortium“ sein. Diesem gehören neben der SKEW und der KuPoGe als Initiativgruppen idealerweise an: Deutsche UNESCO (Einbindung in UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“!), ausgewählte kommunale und kulturpolitische Spitzenverbände (z.B. Deutscher Kulturrat), Rat für Nachhaltige Entwicklung, Evangelische Kirche.

Partner:

- Die hier dargelegte Initiative soll mit den Aktivitäten des „Netzwerk Interkultur“ abgestimmt werden, das vom 23.-25. Juni 2005 in der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel zu einer Tagung zusammentrifft.

Für Montag, den 26. September 2005, 13 Uhr, wurde ein erster Austausch des potenziellen Trägerkonsortiums in den Räumen der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn, anberaumt!

Zur Vorbereitung dieses Treffens sowie generell zur konzeptionellen und organisatorischen Weiterentwicklung der Projektidee bedarf es einer **Anschubfinanzierung (ohne Folgezwang) von 2.500 €**

II. EINZELHEITEN UND HINTERGRÜNDE (D. Kramer)

Ein Impuls für Interkulturalität in unseren Städten

Das interkulturelle Leben in unseren Städten braucht einen neuen Impuls, meinen die unten genannten Personen aus den verschiedensten Organisations- und Arbeitsfeldern.

Die Programmatik „Vielfalt in der Einheit/Einheit in der Vielfalt“ der europäischen Einigung, das Projekt eines „multikulturellen“, „interkulturellen“ Deutschland der wechselseitig akzeptierten Andersheit sind nicht gescheitert, weil in den Niederlanden ein politisch-kulturell motivierter Mord geschehen ist, oder weil in deutschen Städten ausländerfeindliche Gewalt mit tödlichen Folgen ausgeübt wurde. Das Miteinander in Vielfalt ist in der überwältigenden Mehrzahl der Städte in Europa und in Deutschland gelebte, unumkehrbare Normalität geworden, zu der es keine wirkliche Alternative gibt.

Gleichwohl gibt es, angesichts ständiger Veränderungen (nicht zuletzt durch die Arbeitslosigkeit, durch die immer mehr sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich, aber auch wegen der demographischen Entwicklung) Probleme und Handlungsbedarf. Weitere Probleme entstehen dadurch, dass zur gleichen Zeit die Globalisierung dazu auffordert, den Umgang mit Gemeinschaften ganz anderer kultureller Prägung in Politik und Wirtschaft einzuüben. Die Menschen in Deutschland und Europa - Politiker, Intellektuelle und Bürger - sind aufgefordert, neue Wege für die Sicherung des Friedens, für den Umgang mit der wachsenden Kluft zwischen prosperierenden und zurückfallenden Regionen und für den Schutz der Biosphäre angesichts vorher nie gekannter Herausforderungen zu erproben und sich auf neue Orientierungen und Formen des Umganges einzustellen.

Wir sind der Überzeugung, dass ein Zusammenhang besteht zwischen *Interkultureller Politik* (als Herausbildung von Formen des Miteinander trotz kultureller, ethnischer und religiöser Unterschiede innerhalb eines Staates und zwischen Staaten), *Entwicklungspolitischer Bildung* (als Wahrnehmung gemeinsamer Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden) und *Nachhaltigkeit* (als der Suche nach einer Lebensweise, die Lebensqualität generiert, ohne die Chancen zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen).

In allen Feldern ist Neuorientierung nötig, in allen ist mit der überkommenen Aufteilung der Ressorts, mit der gewohnten Spezialisierung von Kulturellem, Sozialem, Ökologischem und Politischem nicht auszukommen. Zu eng sind die wechselseitigen Beeinflussungen und Beziehungen: Die von kulturellen Werten und Standards geprägte Lebensweise konkretisiert sich in allen genannten Sphären, auch wenn die Zusammenhänge nicht immer offen zu Tage liegen.

Um für das Denken und Handeln in diesen Bereiche neue Impulse zu geben, möchten wir Akteure aus bisher kaum oder wenig kooperierenden Bereichen zusammenbringen, von denen wir annehmen, dass sie bei gemeinsamen Beratungen neue Vorschläge, Aufforderungen, Ideen und Anregungen entwickeln können, zu denen sie vereinzelt nicht in der Lage wären. Wir halten die Verknüpfung von Bildung für Nachhaltigkeit, Entwicklungspolitischer Bildung und Interkultureller Arbeit für einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit von Kommune und Gesellschaft.

Wir beziehen uns bei unseren Überlegungen auf

- die Aufforderung des Deutschen Städtetages, kulturelle Vielfalt als Chance und Herausforderung für die kommunale Politik zu begreifen (vgl. das Positionspapier „Kulturelle Vielfalt in der Stadtgesellschaft - Chance und Herausforderung für die kommunale Politik und kommunale Kulturpolitik“, beschlossen vom Kulturausschuss des Deutschen Städtetages vom 7. Oktober 2004),

- die Bundesweite Koalition zur kulturellen Vielfalt und ihre Argumente für ein UNESCO-Abkommen zum Schutz kultureller Vielfalt,
- die Arbeit der Deutschen UNESCO Kommission,
- die Dekade „Bildung für Nachhaltigkeit“,
- die interkulturelle Arbeit und die Integrationspolitik der Kommunen,
- die Praxis der Kulturpolitischen Gesellschaft, für die Kulturpolitik Gesellschaftspolitik ist,
- den interreligiösen Dialog der verschiedenen Glaubensgemeinschaften.

Besonders wichtig scheint es uns,

- Anregungen zu geben, die etablierten Institutionen der Kulturpflege zu verknüpfen mit den Aktionsfeldern von Interkulturalität und der Integrations- und Migrationspolitik;
- den Kontakt herzustellen zwischen den Szenen der Künste und den gesellschaftspolitisch brisanten Feldern der Orientierung unter den Bedingungen sowohl der Globalisierung wie der Einwanderungsgesellschaft und der demographischen Entwicklungen;
- einflussreiche Exponenten des kulturellen Diskurses zu gewinnen, mit deren Hilfe die Aufmerksamkeit der (medialen) Öffentlichkeit geweckt und die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung des kulturelle Lebens für Zukunftsfähigkeit gelenkt werden kann.

Zu diesem Zweck wollen wir einen impulsgebenden repräsentativen „Ratschlag / Round Table“ (*einen Club Kultur und Zukunftsfähigkeit in Kommune und Gesellschaft, einen Neuen Ratschlag für interkulturelle Politik o.ä.*, vielleicht wie der Club of Rome, aber auf einer ganz anderen Ebene) zusammenrufen, der in einem überschaubaren Zeitraum (vielleicht innerhalb von drei Jahren) profilierte Thesenpapiere und Vorschläge (*eine Konvention, en Manifest für interkulturelle Zukunft o.ä.*) erarbeitet mit dem Ziel, Diskussionsprozesse und Bewusstseinsbildung in Gang zu setzen und zu fördern sowie Beispiele und Anregungen für neue Politik und Praxis zu propagieren. Dazu wollen wir

- in den nächsten drei Jahren qualifizierte und einflussreiche Repräsentanten aus den genannten Bereichen zusammenrufen;
- zur Vorbereitung dieser Treffen thematisch gebündelte Expertisen für die angepeilten Felder erarbeiten lassen;
- aus diesem Kreis Appelle mit Selbstverpflichtungscharakter in die jeweiligen Arbeitsfelder richten;
- für Publizität und Verbreitung dieser Appelle sorgen.

Beteiligt sein sollen:

- Deutsche UNESCO-Kommission, Kulturausschuss
- Deutscher Städtetag, Dez. 5
- Kulturpolitische Gesellschaft
- Deutscher Kulturrat
- InWEnt und Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
- Evangelische Akademie Iserlohn (als seit Jahren in diesen Schwerpunkten besonders qualifizierte Institution)

Angestrebt wird eine Schirmherrschaft von Heidi Wieczorek-Zeul (BMZ), Christa Weiß (BKW), UNESCO-Kommission (deutsch und/oder international)

Zu diesem Zweck erklären wir als Personen aus den genannten unterschiedlichsten Bereichen uns bereit, ein vorbereitendes Sekretariat mit Rat und Verbindungen zu unterstützen, das Kontakte herstellt, Schlüsselpersonen für dieses Projekt motiviert und von der Bedeutung überzeugt, Konzepte erarbeitet und ein erstes Treffen personell und inhaltlich vorbereitet. **Eine Anschubfinanzierung (ohne Folgezwang) von 2.500 € erbitten wir dafür.**

Zur Begründung:

Kultur und andere Ressorts leiden nicht nur darunter, dass Gelder knapper werden und manche privatisierten Träger nicht mehr in gleicher Weise wie früher gesellschaftspolitisch tätig sein können. Sie leiden auch unter mangelnder Kooperation:

Manche Möglichkeiten können nicht realisiert werden, weil die Ressorts die komplexen Zusammenhänge ihrer jeweiligen Arbeit nicht berücksichtigen (können). Zu wenig findet es in der Praxis einen Niederschlag, dass Integrationspolitik heute (wieder) sich auch auf die Integration von Arbeitslosen und anderen Randgruppen unabhängig von (Migrations-) Herkunft beziehen muss. Nicht in Handeln umgesetzt wird auch die Einsicht, dass interkulturelle Politik heute auch eine Politik der Standortsicherung im Globalisierungsprozess ist und sich längst nicht nur auf Arbeitsmigranten traditionellen Zuschnitts bezieht, sondern die in unseren Städten lebende internationale Akteure aus Wirtschaft, Kultur, Medien und Politik einbeziehen muss.

Alle Migranten stammen aus Staaten, die wie Deutschland sich auf die Menschenrechtskonvention der UN verpflichtet haben, unbeschadet der unterschiedlichen Interpretationen dieses Dokumentes. Dies ist ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die Diskurse der interkulturellen Arbeit, und damit sind Institution wie die Deutsche UNESCO-Kommission und die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen auch als Berater und Mitwirkende bei der Integrationspolitik gefragt.

Die Fähigkeit des Umganges mit Partnern anderer kultureller Prägung ist für den inneren Frieden wie für die politischen und wirtschaftlichen Kontakte nach außen eine unersetzliche Ressource. All das hat seinen Preis, betont auch das zitierte Positionspapier des Deutschen Städtetages. „Kulturarbeit kann nichts gegen die ‚harten‘ Integrationshemmnisse ausrichten. Interkulturelle Kulturarbeit ist ein – komplementärer –, ‚weicher‘ Integrationsfaktor, der auf der Ebene der künstlerischen Produktion, der sinnlichen, mentalen und intellektuellen Wahrnehmung und Auseinandersetzung arbeitet und darüber hinaus Kommunikation und Begegnung möglich macht.“ (S. 10).

Nimmt man dies ernst, wird klar, dass auch nicht alle deutschsprachigen, in Deutschland geborenen Gruppierungen und Teilkulturen integriert sind. Integrationspolitik entwickelt mehr und mehr auch eine soziale Dimension.

„Verbindendes suchen – Verschiedenheiten zulassen“ (als Formel des Deutschen Städtetages) bedeutet, immer wieder neu auszuhandeln, zu formulieren und zu bestätigen, was verbindet (und was trennt). Die Aufgabe, Platz zu schaffen für unterschiedliche Teilgesellschaften (wie der Städtetag formuliert) bezieht sich längst nicht mehr nur auf Minderheiten aus der Migrationsszene. Die wachsenden Probleme von Arbeitslosigkeit und Armut schaffen eine neue Soziale Frage, mit der neuer und erweiterter Integrationsbedarf entsteht.

Integration ist ein Prozess, geleitet von normativen Vorstellungen, wie wir miteinander leben wollen. Dieser Prozess ist damit ebenso kulturell geprägt wie die Vorstellungen von sozialen Standards. Solche (aushandlungsbedürftigen) Standards werden entwickelt in ständiger Auseinandersetzung mit den Wert- und Symbolwelten der Menschen, die mit uns leben, und sie werden immer wieder bestätigt oder relativiert durch das Handeln aller, die daran beteiligt sind. Künste liefern dazu Metaphern und Symbole, und die Integration (die Orientierung auf gemeinsame Standards (über die mit Selbstverständlichkeit vorauszusetzende Anerkennung der Rechtsordnung hinaus) wird unterstützt durch die generelle Neugierde und „Gefräßigkeit“ der kulturellen Sphäre und ihrer Akteure, die sich ohne Rücksicht auf traditionelle oder aktuelle Grenzziehungen alles holen und aneignen, was ihnen geeignet erscheint.

Auch Entwicklungspolitik hat mit Kulturpolitik zu tun: Früher war es stärker der Transfer von Werten und Standards der Industriegesellschaft, heute stellt sich die Aufgabe des Umganges mit anderen Modellen von „Fortschritt“ und „Entwicklung“ – mit solchen, die beschleunigtes Wachstum ohne Rücksicht auf die allen gemeinsame Biosphäre und sozialen Frieden verfechten ebenso wie mit solchen, die „Fortschritt“ primär an Lebensqualität und Nachhaltigkeit messen. Interkultureller Dialog ist so auch Bestandteil des Aushandelns von Zukunft. Und die Diasporen der in unseren Städten lebenden Migranten aus den Ländern des Südens sind mittlerweile interessante und zunehmend wichtige Partner der Entwicklungszusammenarbeit geworden.

In der Migrationsszene herrscht ständiges Kommen und Gehen: Von 1961 bis 1967 sind laut Städtetag 23 Millionen zugezogen, 17 Millionen wieder weggezogen. Es bleibt ein Rest von sechs Millionen, die noch unter uns leben; die anderen sind „Botschafter“ aus Deutschland mit nicht unbeträchtlichem Einfluss in ihrer Heimat: Das, was sie hier erlebt haben, prägt das Verhältnis auch vieler anderer zu Deutschland.

Und es gilt zu bedenken dass diejenigen, die den Weg als Arbeitsmigranten oder Asylsuchende zu uns finden, in der Regel die aktivsten und aufgewecktesten Menschen aus ihrer Heimat sind.

In den „Agendaprozess“ (die Auseinandersetzung mit Zukunftsperspektiven und Nachhaltigkeit) ist bisher Kunst und Kultur unzureichend eingegangen. Viele Künstler reflektieren wie Wissenschaft und Politik Zukunftsperspektiven der Wachstumsgesellschaft, aber sie finden dafür bei ihrem gewohnten Publikum dafür keine Resonanz und fühlen sich daher auch nicht angespornt, dieses Nachdenken nachvollziehbar öffentlich zu machen. Und umgekehrt sind die Szenen der Aktivisten der Umweltbewegung ebenso wie die der entwicklungspolitischen Aktivitäten so sehr in der Engführung an ihren Themen befangen, dass sie von den Trends im ästhetisch-kulturellen Leben kaum Kenntnis nehmen. Hier Brücken zu schlagen kann interessant sein.

Kultur ist keine Dekoration, sondern Ferment der Stadtentwicklung und notwendiger Bestandteil der ständigen Selbstreflexion einer Gesellschaft über ihre Zukunft und über die Standards des Zusammenlebens.

Ulrich Nitschke (InWEnt und Servicestelle Kommunen in der Einen Welt), *Bernd Wagner* (Kulturpolitische Gesellschaft e.V.), *Hans Pakleppa* (Kultur Transnational), *Prof. Dr. Dieter Kramer* (Universität Wien/AG Migrationsausstellung des Historischen Museums Frankfurt am Main), *Dr. Hildegard Kurt* (und. Institut für Kunst, Kultur und Zukunftsfähigkeit e.V.)
Berlin und Frankfurt/Main, Mai 2005.